

18.55

Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Alois Stöger,

diplômé: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass wir heute einen ganz entscheidenden Schritt gehen, um die Autonomie von Konsumentinnen und Konsumenten zu stärken. Was ist das Schlimme daran, wenn Menschen keinen Zugang mehr zu einem Bankkonto haben? – Das können auch Menschen sein, die durchaus ein normales Einkommen haben, indem sie auf einer Liste stehen und sie gar nicht wissen, warum sie auf eine Liste gekommen sind, durch die manche Zahlungen blockiert sind. – Das ist ein Grund.

Das Zweite ist, dass Menschen eine Chance haben, ihre Marktposition gegenüber Banken auszuüben, da sie dann auch auf ein Basiskonto zurückgreifen können und müssen. Es geht um Vergleichbarkeit der Zahlungskontoentgelte, es geht um die Sicherstellung des Wechsels von Zahlungskonten, und es geht um einen Zugang zu grundlegenden Funktionen.

Ich denke, dieses Gesetz schafft für VerbraucherInnen eine neue Möglichkeit. Innerhalb von zehn Tagen nach Antrag auf Eröffnung muss jede Bank, die Verbraucherzahlungskonten anbietet, das tun. Mir ist es auch wichtig, dass wir damit eine Entgeltregelung haben. Es gibt nur mehr acht taxativ aufgezählte Gründe, die dazu führen, dass eine Bank ein solches Konto kündigen kann, und einer davon ist der Grund, dass man keinen rechtmäßigen Aufenthalt mehr in der Europäischen Union hat. Ich denke, das ist wichtig.

Herr Abgeordneter Scherak, dass jeder Mann und jede Frau die Chance hat, ein Konto zu haben, das ist aus meiner Sicht ein großer Schritt. Ich sage das auch sehr deutlich und sehr klar. Ich habe heute mit vielen Menschen, die selber in Banken arbeiten, diskutiert, und die sagen mir Folgendes – und eigentlich merke ich das auch, wenn ich auf meine Bank gehe –: Vor zehn Jahren habe ich auf meiner Bank einen Schalter vorgefunden, da habe ich mit Menschen reden können, da habe ich eine Dienstleistung bekommen. Heute stehen in derselben Bank nur mehr Automaten herum. Ich sage das ganz deutlich. (*Abg. Scherak: Aber Dienstleistung kriegt man immer noch, oder?*)

Als diese Veränderungen eingetreten sind, haben die Bankdirektoren zu mir gesagt: Ja, das müssen wir tun, wir müssen kostengünstiger sein; wir machen das jetzt kostengünstig! – Da sage ich auch ganz bewusst als Arbeitsminister: Wenn man das schon kostengünstig macht, dann dürfen Bankgebühren und Abhebegebühren nicht zulasten von Konsumentinnen und Konsumenten gehen. (*Beifall bei SPÖ und Grünen sowie des Abg. Neubauer.*)

Auf die Frage, wie dann Banken ihre Gewinne machen und wie sie ihre Dienstleistungen finanzieren können, kann ich nur antworten: Vergleichen Sie einmal bei Ihrer Bank, wie hoch die Überziehungszinsen sind, schauen Sie sich das an! Das heißt, bei den Geschäftsmodellen der Bank gibt es noch viele Möglichkeiten, zu Geschäften zu kommen, und es müssen nicht immer nur die Konsumentinnen und Konsumenten bezahlen.

Herr Abgeordneter Wurm (*Zwischenruf des Abg. Peter **Wurm***), was mich heute stört, ich sage es Ihnen ganz deutlich: Ich war in der Früh in diesem Haus; in diesem Haus haben wir heute Früh den Bürgermeister der Welt – wie jemand gesagt hat – dagehabt. Es steht mir nicht zu, das zu sagen, aber für mich ist es wichtig, das zu sagen: Wenn wir internationale Organisationen einladen, dann sollen wir den Menschen, die auf dieser Welt leben, die gleichen Chancen geben. Es wäre schön, diesen Blick zumindest am heutigen Tag in diesem Parlament aufrechtzuerhalten.

Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, und es ist mir wichtig, gerade den Banken deutlich zu machen, dass sie nicht zulasten von Konsumentinnen und Konsumenten neue Gebühren erfinden. Ich habe nichts dagegen, dass sie mit ihren Kundinnen und Kunden Bankgebühren vereinbaren. Bitte vereinbaren, und nicht anordnen! – Herzlichen Dank. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von ÖVP und Grünen.*)

19.00

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt nun Frau Abgeordnete Holzinger-Vogtenhuber. – Bitte.